SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Verdrossen über PolitikerInnen und die Demokratie? Der Effekt des Vertrauens in PolitikerInnen auf die individuelle Demokratiezufriedenheit in Österreich

Schlipphak, Bernd

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Schlipphak, B. (2012). Verdrossen über PolitikerInnen und die Demokratie? Der Effekt des Vertrauens in PolitikerInnen auf die individuelle Demokratiezufriedenheit in Österreich. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, *41*(4), 345-361. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-409546

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Bernd Schlipphak

Verdrossen über PolitikerInnen und die Demokratie? Der Effekt des Vertrauens in PolitikerInnen auf die individuelle Demokratiezufriedenheit in Österreich[1]

Schlüsselwörter: Politische Einstellungen, Regierungsbewertung, Politisches Vertrauen, Demokratiezufriedenheit, Reform der Demokratie

In den letzten Jahren haben mehr und mehr gesellschaftliche AkteurInnen die sinkende Demokratiezufriedenheit in Österreich beklagt und dafür vornehmlich das sinkende Vertrauen in die politischen, als korrupt und unfähig wahrgenommenen AkteurInnen als Ursache ausgemacht. Dieser Artikel überprüft diese Annahme anhand klassischer theoretischer Literatur aus der Politischen Kulturforschung sowie der quantitativen Datensätze des European Social Survey 2002–2008 und kommt zu dem Ergebnis, dass diese grundlegende Annahme infrage gestellt werden muss. Weder sinkt die Demokratiezufriedenheit in Österreich über die Messzeitpunkte hinweg in einem signifikanten Ausmaß, noch lässt sich die individuelle Demokratiezufriedenheit vornehmlich über das Vertrauen in die individuellen PolitikerInnen erklären.

Dissatisfied with politicians and democracy? The effect of trust in political actors on individual satisfaction with democracy in Austria

Keywords: political attitudes, evaluation of governmental performance, political trust, satisfaction with democracy, democracy reform

In recent years, more and more civil society actors have lamented over the decline of satisfaction with democracy in Austria, and have attributed this decline most prominently to the decline of trust in individual political actors, which are perceived as corrupt and scandal-laden. This article examines that assumption by discussing fundamental literature in Political Culture research and by testing hypotheses derived from the discussion with data sets from the European Social Survey 2002–2008. It concludes that the assumption should be challenged as the aggregate satisfaction with democracy does not decline significantly over the years and as individual satisfaction with democracy cannot be explained predominantly by citizens' trust in individual political actors.

Dr. Bernd Schlipphak
Institut für Politikwissenschaft
Universität Göttingen
Platz der Göttinger Sieben 3
D-37073 Göttingen
E-Mail: bernd.schlipphak@sowi.uni-goettingen.de
Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 41. Jg. (2012) H. 4, 345–361

1. Einleitung

In den letzten Jahren lässt sich in Österreich eine exponentiell steigende Anzahl an Initiativen zur „Rettung der Demokratie“ beobachten. Der von diesen Initiativen konstatierte „Mangel an Demokratie“ (Mein Österreich 2012) wird danach insbesondere im Zusammenhang mit der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den und dem fehlenden Vertrauen in die politischen AkteurInnen, seien es SpitzenpolitikerInnen oder die Parteien, wahrgenommen. Dadurch, dass diese nicht auf die Kritik reagieren würden, weite sich dieses Misstrauen auf eine grundsätzliche Unzufriedenheit mit dem politischen System und der Demokratie an sich aus. So formuliert Wolfgang Radlegger von der Initiative Mein Österreich:

> *Bei den Politikern dominiert eben noch eine autistische Binnenmentalität mit Wagenburg-Charakter. Vor allem in den beiden einstmals großen Parteien ist das so. Es scheint so, als würde man die Aggression gegen das herrschende System gar nicht wahrnehmen. Dabei wächst sie, vor allem bei den Jungen. Die verspüren gar keine Politikverdrossenheit. Sondern es ist eine Systemverdrossenheit. (Die Presse 2011, o.S.)*

Ähnlich sieht es der frühere ÖVP-Klubobmann Heinrich Neisser, für den die Unzufriedenheit mit den und das Misstrauen in die PolitikerInnen seitens der Bevölkerung „starke Indizien dafür [sind], ‚dass es allmählich wirklich an die Substanz der Demokratie geht […]‘“ (Der Standard. at 2011, o.S.)[2].

Gefüttert werden diese Diskussionen mit Umfragen in der Bevölkerung, aber auch unter Eliten. Diese Umfragen erheben nicht nur den Anspruch auf Repräsentativität, auf ihnen werden darüber hinaus auch sehr weitgehende und grundlegende politische Reformvorschläge begründet. Letztere enthalten etwa verschiedene Vorschläge betreffend die Reform des Wahlrechts (JVP Steiermark 2012; Initiative Mehrheitswahlrecht 2011), den Umbau des Föderalismus (Mein Österreich 2012), die Erhöhung parlamentarischer Mitspracherechte (Mein Österreich 2012) sowie die verstärkte Einführung direktdemokratischer Elemente (JVP Steiermark 2012). Dabei scheint die kausale Logik klar zu sein – das zunehmende Misstrauen der Bevölkerung in die politischen AkteurInnen verursacht durch die Unzufriedenheit mit den Leistungen sowie die fehlende Transparenz des Handelns politischer AkteurInnen führt zu einer wachsenden Unzufriedenheit mit dem demokratischen System in Österreich. Entscheidend seien daher Systemreformen, die für eine stärkere Responsivität im Handeln der politischen Eliten sorgen sollen, um das Vertrauen der Bevölkerung in diese AkteurInnen und in das System insgesamt wieder aufzubauen und damit die Demokratie zu stabilisieren.

Angesichts solcher grundlegenden normativen Überlegungen und politischen Reformvorstellungen in der österreichischen Realpolitik ist es erstens überraschend, dass die empirischen Ergebnisse und das quantitative Datenmaterial, welche zur Begründung verwendet werden, wenig bis gar nicht überprüft und hinterfragt werden. Zweitens entspricht die vorgestellte Logik zwar Teilen der Argumentation aus der politikwissenschaftlichen Literatur, sie ist jedoch nicht unumstritten. Einige AutorInnen sehen durchaus einen Einfluss der spezifischen Bewertung der politischen AkteurInnen durch die Bevölkerung auf die generelle Demokratiezufriedenheit (siehe Kumlin/Esaiasson 2012; Curini et al. 2012; Fuchs 2002; auch Klingemann 1999; Miller 1974a, b). Für andere AutorInnen aber steht die Relevanz dieses Einflusses in Frage oder es wirkt umgekehrt die diffuse, langfristige Zufriedenheit der BürgerInnen mit der Demokratie im eigenen Land positiv auf das Vertrauen in die politischen Institutionen und in die politischen AkteurInnen ein

(Citrin 1974; Fuchs 2007). Drittens wurden die Auswirkungen der PolitikerInnenverdrossenheit auf die Demokratiezufriedenheit bislang im österreichischen Kontext nicht für den Einfluss anderer Variablen wie der persönlichen Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation, der ideologischen Präferenzen sowie Einstellungen gegenüber der europäischen Integration kontrolliert.

In der Folge werde ich vor dem Hintergrund der politischen Diskussion in Österreich daher das Argument und die dahinter liegende Leitfrage – *Welchen Einfluss hat die Bewertung von und das Vertrauen in die politischen AkteurInnen auf die Zufriedenheit*[3] *der Bevölkerung mit der Umsetzung der Demokratie im nationalen politischen System?* – zunächst theoretisch diskutieren. In der Folge wird das Argument dann anhand der Datensätze des European Social Survey (ESS) – der im Gegensatz zu den in der Diskussion oft zitierten Meinungsumfragen hohen wissenschaftlichen Gütekriterien entspricht – empirisch überprüft. Dieser Test des Arguments zeigt, dass die Demokratiezufriedenheit der Befragten über den gesamten Untersuchungszeitraum zwar wesentlich mit der Bewertung der Regierung sowie mit dem Vertrauen in grundlegende politische Institutionen wie dem Parlament zusammenhängt, das Misstrauen in die nationalen PolitikerInnen jedoch keinen Einfluss hat. Die Resultate zeigen darüber hinaus, dass diese Indikatoren der Regierungsbewertung und des Vertrauens in das Parlament ihrerseits sehr stark mit den individuellen Wahrnehmungen der wirtschaftlichen Situation des Landes und der individuellen Lebenszufriedenheit zusammenhängen. Diese Ergebnisse implizieren zum einen, dass eine potenzielle Zunahme an Unzufriedenheit mit der Demokratie in der Zukunft nicht monokausal auf das Misstrauen in die politischen AkteurInnen bzw. auf deren (mangelhafte) Leistungen zurückzuführen ist. Damit verweisen diese Resultate aber zum anderen darauf, dass die derzeitige Diskussion in Österreich die tatsächlichen Problemlagen nur unzureichend wiedergibt.

2. Theoretische Vorüberlegungen

In ihrem klassischen Werk zur Stabilität einer Demokratie und ihren Ursachen kamen Gabriel Almond und Sidney Verba vor etwa 50 Jahren zu der Erkenntnis, dass die Stabilität einer Demokratie in einem Land grundlegend, wenngleich natürlich nicht ausreichend, auf zwei Faktoren zurückgeführt werden kann (Almond/Verba 1965; Almond 1980). Diese Faktoren, die institutionelle Struktur eines Systems (oder für Almond/Verba, die *political structure*) und die Einstellungen der Bevölkerung dem System gegenüber (die *political culture*), stehen in einem Wechselverhältnis zueinander, in welchem jeweils der eine Faktor den anderen Faktor beeinflussen kann. „It is quite clear that political culture is treated both as an independent and dependent variable, as causing structure and as being caused by it" (Almond 1980, 28).

Der eine Faktor, der für die Bezeichnung eines Staates als „Demokratie" notwendig ist, ist demnach die institutionelle Ausgestaltung eines Staates als Rechtsstaat, in welchem politische Gruppen in fairem, gleichem und offenem Wettstreit untereinander um die Mehrheit der WählerInnenstimmen und damit die Regierungsverantwortung kämpfen. In dieser Hinsicht gibt es viele verschiedene Indizes, welche den Demokratiestatus eines Staates in Zahlen auszudrücken versuchen (vgl. Pickel/Pickel 2006, 151–278; auch Norris 2008). Grundlegend gilt dabei, dass Österreich in nahezu allen dieser Indizes auf den obersten Plätzen zu finden und damit als stabile Demokratie zu werten ist.[4]

Damit scheint die in der Öffentlichkeit wahrgenommene Krise der Demokratie vornehmlich eine Krise des zweiten Faktors einer stabilen Demokratie zu sein: der Akzeptanz des demokratischen politischen Systems, seiner Institutionen und AkteurInnen durch die Bevölkerung.

Diese Akzeptanz (oder auch Legitimität) der Systemelemente und ihrer Notwendigkeit für eine stabile oder wehrhafte Demokratie ist Thema zahlreicher politikwissenschaftlicher Veröffentlichungen (vgl. Dalton 2002, 237ff.; Braun/Schmitt 2009). Aufbauend auf der Forschung zur Notwendigkeit einer *civic culture* für den Erhalt der Demokratie in einem Staat (wiederum Almond/Verba 1965, 190) sowie den systemtheoretisch geleiteten Untersuchungen zur Relevanz der Unterstützung staatlicher AkteurInnen und Institutionen durch die Bevölkerung (Easton 1968, 1975) lassen sich inzwischen zahlreiche vergleichende Untersuchungen zu diesem Thema finden (siehe für einen Überblick Braun/Schmitt 2009; Westle 2007, 2009; Almond et al. 2009; Pickel/Pickel 2006).

Grundsätzlich unterscheiden die AutorInnen dabei unterschiedliche Objekte und Arten der Akzeptanz. So differenziert Pippa Norris zwischen fünf Objekten der politischen Unterstützung der Bevölkerung: der politischen Gemeinschaft, den Prinzipien des politischen Regimes, der Performanz oder Umsetzung des Regimes, den Institutionen des Regimes sowie den politischen AkteurInnen im Alltag (Norris 1999, 10; siehe dazu auch Curini et al. 2012). In der deutschsprachigen Forschung hat Westle (2009, 46ff.; auch Westle 2007) in einem Überblicksband zur politischen Kultur eine ähnliche Unterscheidung zwischen der Unterstützung der politischen Gemeinschaft, der politischen Ordnung und der politischen AkteurInnen getroffen. Die Unterstützung dieser Objekte unterscheidet sich auch in ihrer Ausprägungsart: So lässt sich nach Easton (1975) eine diffuse oder diffus-spezifische Unterstützung der politischen Gemeinschaft sowie der politischen Ordnung (also etwa der Zufriedenheit mit der Umsetzung der Demokratie im eigenen Land) von der spezifischen Unterstützung der amtierenden HerrschaftsträgerInnen, also der dominierenden politischen AkteurInnen, unterscheiden (Westle 2009, 49). Diese Unterscheidung spielt deshalb eine wichtige Rolle, weil von einigen AutorInnen angenommen wird, dass sie eine Barriere bildet. Diese Barriere verhindere, dass die Frustration der Bevölkerung über mögliches Fehlverhalten und unzureichende Leistungen der amtierenden HerrschaftsträgerInnen auf die allgemeine Unterstützung der politischen Ordnung übergreift (Westle 2009, 48; aber siehe zur Diskussion bereits Miller 1974a, b sowie Citrin 1974).

Dieter Fuchs hat dieses Prinzip in verschiedenen Publikationen aus den Annahmen von David Easton hergeleitet und argumentiert, dass es eine Hierarchie zwischen den Objekten politischer Unterstützung gibt (Fuchs 2007, 2002, 1999). Demnach ist die Unterstützung der politischen Gemeinschaft und des demokratischen Prinzips der Beurteilung der Umsetzung der Demokratie in einem Land übergeordnet. Letzteres wiederum steht über der Unterstützung der politischen HerrschaftsträgerInnen. Ähnlich wie Westle sieht Fuchs die mittlere Ebene, d.h. die diffus-spezifische Bewertung der Umsetzung der Demokratie im politischen System, maßgeblich als von der oberen Ebene der diffusen Unterstützung einer politischen Idee (vermittels eines *overflow of value orientations*) UND der unteren Ebene der spezifischen Bewertung der politischen HerrschaftsträgerInnen (vermittels einer *generalization of experiences*) beeinflusst (Fuchs 2002, 37f.; vgl. auch Fuchs et al. 2002, aber siehe zu einer konträren Argumentation Fuchs 2007, 165). Auch Norris argumentiert in dieser Logik:

> *Yet this measure [satisfaction with the performance of democracy, BS] is ambiguous, and as contributors note, alternative interpretations of this item are possible. This survey item taps both support for democracy as a value (which might be expected to rise gradually over time) and also satisfaction with the incumbent government (which might be expected to fluctuate over time). But as Klingemann [1999, BS] argues the focus on „how democracy is working" does seem to make it a suitable item to test public evaluation of democratic*

> *performance more than principles. One can believe strongly in democratic values yet feel that the way democracy functions in a country leaves much to be desired. (Norris 1999, 11)*

Diese Argumentation aufgreifend führen Curini et al. die Demokratiezufriedenheit von Befragten unter anderem auf die Bewertung der Regierungsperformanz sowie auf den Effekt des Wahlausgangs zurück (Ciurini et al. 2012; auch Blais/Gelineau 2007). Danach sollten WählerInnen dann besonders zufrieden mit der Demokratie sein, wenn die von ihnen gewählten Parteien die jeweilige Wahl gewonnen haben. Gleichermaßen untersuchen Kumlin und Esaiasson die Wirkung von Skandalen (also das negative Verhalten politischer AkteurInnen) auf die Demokratiezufriedenheit (Kumlin/Esaiasson 2012).

Alle diese Annahmen unterstützen damit zumindest theoretisch die kausale Annahme, die auch der österreichischen Diskussion in Teilen zugrunde liegt: Die Zufriedenheit von Befragten mit der Umsetzung der Demokratie in einem Land ist abhängig von der Unterstützung der individuellen politischen AkteurInnen, aber auch der Regierung und der politischen Institutionen in diesem Land. Diese Unterstützung der politischen AkteurInnen und Institutionen schlägt sich in der Zufriedenheit bzw. dem Vertrauen der Bevölkerung gegenüber diesen AkteurInnen nieder. Dabei lassen sich drei verschiedene hauptsächliche Indikatoren in der Literatur ausmachen. Meist ist es der spezifische Indikator der *Zufriedenheit mit der Regierungsperformanz*, der maßgeblichen Einfluss auf die diffus-spezifische Zufriedenheit mit der Umsetzung der Demokratie haben sollte (siehe die Diskussion oben und Hobolt 2012). D.h., ein Individuum bewertet zunächst die Leistung der gegenwärtigen Regierung und entscheidet dann, ob es mit dieser spezifischen Leistung zufrieden oder nicht zufrieden ist. In der österreichischen politischen Diskussion ist es vornehmlich der zweite Indikator, die Bewertung des (als korrupt, unfähig oder skandalös wahrgenommenen) Verhaltens politischer AkteurInnen, die sich im (sinkenden) *generalisierten Vertrauen der Bevölkerung in einzelne politische AkteurInnen* niederschlägt. Dieses wiederum sollte die Demokratiezufriedenheit der Bevölkerung beeinflussen (Mein Österreich 2012; Initiative Mehrheitswahl und Demokratiereform 2011). In der wissenschaftlichen Diskussion findet sich dieser Punkt etwa bei Kenneth Newton oder Ronald Inglehart: „Recent research has shown that corruption and political scandal can have a strong effect on attitudes towards leaders, governments and political institutions, although their impact is mediated by political attitudes and the home-team effect" (Newton 2006, 847f.; auch Inglehart/Welzel 2005, 299; 2010; Dalton 2002, 250; aber vgl. die anderslautenden Ergebnisse von Kumlin/Esaiasson 2012). Schließlich findet sich in der Literatur das empirisch gestützte Argument, dass es vor allem das ebenfalls eher diffuse *Vertrauen in nationale Institutionen wie das nationale Parlament* ist, welches einen Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit haben sollte (vgl. Newton 2006, 849f.; für Österreich Riederer/Teitzer 2012). Damit lassen sich drei unterschiedliche Hypothesen formulieren, die in weiterer Folge empirisch getestet werden sollen:

H 1a: Je höher das Vertrauen der Befragten in die politischen AkteurInnen generell, desto höher ihre Zufriedenheit mit der Umsetzung der Demokratie im eigenen Land.
H 1b: Je höher die Zufriedenheit der Befragten mit der Regierungsleistung, desto höher ihre Zufriedenheit mit der Umsetzung der Demokratie im eigenen Land.
H 1c: Je höher das Vertrauen der Befragten in das nationale Parlament, desto höher ihre Zufriedenheit mit der Umsetzung der Demokratie im eigenen Land.

Kumlin und Essaiasson haben gezeigt, dass der Effekt spezifischer AkteurInnenbewertungen auf die Demokratiezufriedenheit im Zeitverlauf abnimmt (Kumlin/Esaiason 2012). Dies widerspricht

den Annahmen in der österreichischen Diskussion, denen zufolge die zunehmende Unzufriedenheit mit den politischen AkteurInnen über die letzten Jahre hinweg nicht nur einen Anstieg an Demokratieunzufriedenheit verursacht haben sollte, sondern die Befragten auch über die Zeit hinweg stärker in ihren Ansichten gegenüber der Demokratie prägen sollte. Um auch hier vorerst der in Österreich vorherrschenden Argumentation zu folgen, lautet Hypothese 2 unter Einbezug der Hypothesen 1a–c wie folgt:

H 2: Die unter H 1a–c erwarteten Zusammenhänge auf individueller Ebene werden über die Messzeitpunkte hinweg stärker.

3. Empirische Überprüfung der Hypothesen

3.1 Daten in Österreich

Im Gegensatz zur analytischen Untersuchung der Demokratiezufriedenheit in Österreich, wie sie in diesem Papier und ansatzweise von Riederer und Teitzer (2012) durchgeführt wird, ist die deskriptive Erfassung politischer Indikatoren natürlich wesentlich weiter verbreitet. In jüngerer Zeit haben Fritz Plasser und Peter A. Ulram auf der Grundlage von Daten der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) Austria Übersichten über die Entwicklung politischer Indikatoren in Österreich erstellt (Plasser/Ulram 2010). Wenngleich diese Daten einen (zumindest grundsätzlichen) Einblick in die meist über große Zeiträume stabilen Einstellungen der BewohnerInnen Österreichs wiedergeben, so lassen sich damit offenkundig nicht die Gründe oder Ursachen für diese Einstellungen analysieren. Ähnlich verhält es sich mit der Studie von Friesl et al. (2009) zu den Auswirkungen des Wertewandels in Österreich, in denen als Ausnahme bivariate Zusammenhänge zwischen unterschiedlichen Gruppen und deren Veränderungen in der Demokratiezufriedenheit über die Zeit angestellt werden. Dabei ist bereits auffällig, dass die von Friesl et al. verwendeten Daten des European Values Study (EVS) für 2008 einen starken Abstieg in der Demokratiezufriedenheit schätzen (Friesl et al. 2009, 218ff.) – ein Trend, der sich weder in den Daten von Plasser und Ulram noch in den hier verwendeten und noch vorzustellenden Daten zeigt. Die Aussagekraft der von Friesl et al. diskutierten Zusammenhänge im Hinblick auf Demokratiezufriedenheit ist daher eingeschränkt. Dasselbe gilt für die Ergebnisse von Riederer und Teitzer (2012) sowie für die in deskriptiv-vergleichender Hinsicht aufschlussreiche Studie von Rosenberger und Seeber (2011), die ebenfalls mit den EVS-Daten für 2008 arbeiten. Diese Unterschiede zwischen den Daten der EVS/WVS[5] einerseits und der ESS (European Social Survey)-, NES (National Election Studies)- sowie Eurobarometer-Studien andererseits sind bereits von anderen AutorInnen bemerkt und aufgegriffen worden (darunter sogar Inglehart und Welzel selbst, siehe Inglehart/Welzel 2010). Einfache und eindeutige Erklärungen hierfür existieren bislang nicht. Eine wesentliche Rolle wird aber von den EVS/WVS-AutorInnen den unterschiedlichen dahinter liegenden theoretischen Konzeptionen und daraus entstehenden, leicht veränderten Fragestellungen zugeschrieben. Dies hat AutorInnen, die den EVS-Daten kritischer gegenüberstehen, zu harschen Schlussfolgerungen veranlasst:

> *The authors of the quote [the WVS/EVS-authors, BS] do not start from the point of something being wrong with the data, but see the problem in an inappropriate theoretical paradigm functioning as Procrustes' bed. In this sense, frustratingly, they do not offer any alternative,*

> *or even a middle-range theory. However, it is totally impossible that the conceptual confusion [which is due to disturbing and non-expected data patterns in the WVS/EVS dataset, BS] they themselves describe could result solely from a deficient or inappropriate theory of modernization or post-materialism. (Adam 2008, 173)*

Frane Adam zeigt in dem oben zitierten Aufsatz weiter auf, wie sehr sich selbst einfach zu messende Konstrukte zwischen dem WVS und den Daten aus der nationalen amerikanischen Wahlstudie unterscheiden. Andere Veröffentlichungen, in denen der ESS als Standard für reflektierte Datenerhebung über verschiedene Länder hinweg genannt wird (siehe Heath et al. 2005 und die untenstehenden Ausführungen), weisen darauf hin, dass der ESS durch eine sehr hohe Qualität in der Fragebogenerstellung (inklusive der korrekten und kontextsensitiven Übersetzung der Fragestellungen) die qualitativ besseren, d.h. vertrauenswürdigeren Daten liefert.[6]

Empirische Daten zu Einstellungen der ÖsterreicherInnen gegenüber Demokratie sind maßgeblich auch im Zusammenhang mit Einstellungen zu radikalen Ideologien, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus erhoben und diskutiert worden (siehe Schulz/Weiss 2005; Friesl et al. 2010). Auch hier beschränkt sich aber die Analyse im Wesentlichen auf die Diskussion bivariater Zusammenhänge zwischen Ideologie, Parteiensympathie bzw. Berufsgruppe (Schulz/Weiss 2005, 404ff.). Darüber hinaus liegen Daten von Instituten wie dem Market Institut (2012) oder OGM (2011) vor, die selbstständig oder im Auftrag von Reformgruppen wie der Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform Umfragen durchgeführt haben. In diesen Umfragen werden jeweils einzelne, meist theoretisch nicht besonders elaborierte Einzelitems erhoben, die für weitere Analysen aufgrund fehlender soziodemografischer Ergänzungsdaten und weiterer Erklärungsfaktoren kaum verwendet werden können. Generell sind die Fallzahlen in diesen Umfragen meist sehr gering (N = 400–500 Befragte), so dass für Untergruppen meist keine Aussagen mehr getroffen werden können. Dies deutet sich auch in den von den Instituten oft angegebenen sehr großen Schwankungsbreiten der Schätzwerte an. Zudem sind diese Daten offensichtlich nicht für weitere Sekundärverwendungen verfügbar.

Um trotz dieser Datenschwächen einen zuverlässigen Test des Arguments durchführen zu können, verwendet die vorliegende Arbeit die österreichischen Daten aus dem European Social Survey (ESS 2012). Für diese Datensätze ist die Datenqualität als sehr hoch einzuschätzen, da sie auf randomisierten Stichprobenziehungen beruhen. Zudem wurden in den jeweiligen Datensätzen die Indikatoren auf der Grundlage theoretisch elaborierter Konzepte und unter Einbezug führender WissenschaftlerInnen im Bereich der Umfrageforschung entwickelt und erhoben. Der ESS gilt darüber hinaus aufgrund der hohen Fallzahl pro durchgeführter Befragungswelle (für Österreich ca. 2000 Befragte pro Welle), aufgrund seiner methodologischen Strenge sowie der hohen Responserate als der Gold-Standard für international vergleichend angelegte Umfragen (siehe Heath et al. 2005). Bedauerlicherweise wurde in dem – im Zwei-Jahres-Rhythmus durchgeführten – European Social Survey Österreich nur in den Jahren 2002, 2004, 2006 und 2008 abgedeckt, während Österreich in der fünften Welle offensichtlich nicht einbezogen worden ist oder nicht teilnehmen wollte.

3.2 Operationalisierung der Variablen

Die abhängige Variable stellt die Zufriedenheit der Befragten mit der Umsetzung der Demokratie in Österreich dar. Diese Variable liegt für den European Social Survey als elfstufige Variable

vor, die auf eine Skala zwischen 0 und 10 codiert wurde (mit 0 überhaupt nicht zufrieden und 10 vollkommen zufrieden). Dabei fragten die Interviewer des European Social Survey explizit nach der Zufriedenheit der Befragten mit der Umsetzung der Demokratie im eigenen Land. Die verwendete Skalierung der abhängigen Variablen erlaubt eine ordinale logistische Regression als Analyseinstrument. Die drei unabhängigen Variablen bestehen in der Zufriedenheit der Befragten mit der Regierung, in dem Vertrauen in die PolitikerInnen sowie in dem Vertrauen in das nationale Parlament. Alle drei Variablen liegen wiederum in einer elfstufigen Variable mit gleichen Frageformulierungen vor, die für alle Messungen von 0 bis 10 codiert wurde (mit 0 überhaupt kein Vertrauen und 10 vollkommenes Vertrauen).

Als Kontrollvariablen wurden verschiedene politisch-kulturelle Faktoren in die Gleichung mit einbezogen. In der Literatur zur Europäischen Union sowie in der Arbeit von Ciurini et al. (2012) wird das Argument vertreten, dass grundlegende politische Einstellungen maßgeblich durch die Unterscheidung zwischen VerliererInnen und GewinnerInnen innerhalb der Gesellschaft erklärt werden können. Während bei Ciurini et al. dabei die VerliererInnen und GewinnerInnen einer nationalen Wahl betrachtet werden, sind es bei Herzog und Tucker (2009) die ökonomischen GewinnerInnen und VerliererInnen. Dieses Argument wird hier in einer generalisierteren Form aufgegriffen – BürgerInnen, die in höherem Maße mit ihrem Leben zufrieden sind, sollten eine höhere Zufriedenheit mit der Umsetzung der Demokratie in Österreich aufweisen (Lebenszufriedenheit von 0 gar nicht zufrieden bis 10 vollkommen zufrieden). Nicht so sehr auf die eigene Person, sondern vielmehr auf das Gemeinwohl bezogen steht zu erwarten, dass Personen, die eine höhere Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Entwicklung im Land aufweisen, auch zufriedener mit der Demokratieumsetzung sein sollten (Zufriedenheit mit Wirtschaft von 0 gar nicht zufrieden bis 10 vollkommen zufrieden). Gleichzeitig dient der Indikator zur Kontrolle dafür, ob es sich bei der Bewertung der Regierungsperformanz durch die BürgerInnen nur um einen auf der Wirtschaftsentwicklung basierten Indikator handelt.

Um bei der Europäischen Union zu bleiben: Angesichts des häufig postulierten Demokratiedefizits auf der EU-Ebene (vgl. Hobolt 2012; Hurrelmann/Debaerdeleben 2009; für eine Kritik siehe: Moravcsik 2004) liegt nahe, dass die Einstellungen der Befragten gegenüber der EU ebenfalls einen Einfluss auf die Zufriedenheit mit der nationalen Demokratie haben sollten. Angesichts der Debatte um den zunehmenden Verlust der nationalen Autonomie durch die EU sollte angenommen werden, dass die Befragten mit einem höheren Vertrauen in die EU und deren Institutionen generell auch die nationale Demokratie eher als zufriedenstellend betrachten. Oder umgekehrt formuliert: Personen, welche die EU als nicht vertrauenswürdig ansehen, werden auch mit der nationalen Umsetzung der Demokratie, die maßgeblich durch Vorgaben der EU beschränkt wird, nicht zufrieden sein. Dieses Vertrauen in die EU teste ich über das Vertrauen in die für die Bürgerbeteiligung wesentliche supranationale Organisation des Europäischen Parlaments (Vertrauen in EP von 0 kein Vertrauen bis 10 vollkommenes Vertrauen).[7]

Darüber hinaus kontrolliere ich für die Selbsteinstufung der Befragten auf der ideologischen Links-Rechts-Achse. Diese sollte in zweierlei Hinsicht einen Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit haben (vgl. für Deutschland Westle/Niedermayer 2009). Einerseits ist anzunehmen, dass Befragte mit einer eher konservativeren Einstellung stärker mit dem Status quo, d.h., dem derzeitigen Zustand der Demokratie, zufrieden sein sollten als Befragte mit einer progressiveren Position. Zudem sollten andererseits Befragte auf den extremen linken und rechten Positionen der Links-Rechts-Achse eher unzufrieden mit dem Zustand der Demokratie sein. Diese Erwartung ergibt sich aus der Vermutung, dass Befragte an den äußersten Enden einer ideologischen Skala grundlegend bereits die repräsentative Umsetzung einer liberalen Demokratie aus unterschied-

lichen Gründen ablehnen sollten. Sie sollten daher auch mit der Umsetzung der Demokratie in Österreich unzufriedener sein als Befragte aus der Mitte des ideologischen Spektrums.

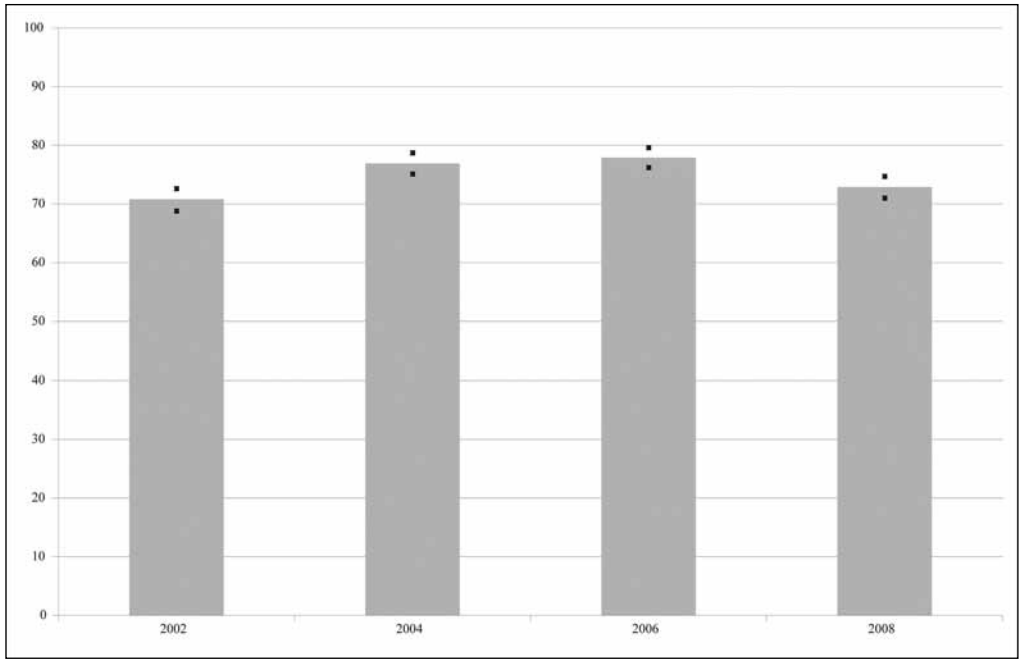
Abschließend kontrolliere ich für die üblichen soziodemografischen Indikatoren des Geschlechts, des Alters, der Bildung sowie der Herkunft der Befragten. Dabei sollte zunehmendes Alter positiv auf die Demokratiezufriedenheit einwirken, während Frauen eher skeptischer gegenüber politischen AkteurInnen und dem Zustand der Demokratie sein sollten (Alter in Jahren der Befragten, Geschlecht 0 männlich, 1 weiblich; siehe auch die Befunde zu Alter und Geschlecht in Riederer/Teitzer 2012). Hinsichtlich der Bildung gilt, dass für eine höhere Bildung ein positiver Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit erwartet wird (Bildung von 1 sehr geringe Bildung zu 5 sehr hohe Bildung).

3.3 Empirische Ergebnisse

Einen ersten Eindruck von der Verteilung der abhängigen und der unabhängigen Variablen ergeben die Grafiken 1 und 2 (a, b, c), in denen die Befragtenwerte für die vier Messzeitpunkte 2002, 2004, 2006 und 2009 abgetragen wurden.

Insgesamt bilden die Grafiken die jeweiligen Schätzwerte für die Stichprobe der Befragten als Säulen ab, während die Punkte die oberen und unteren Grenzwerte der Konfidenzintervalle darstellen, innerhalb welcher sich die jeweils entsprechenden Werte für die Gesamtbevölkerung

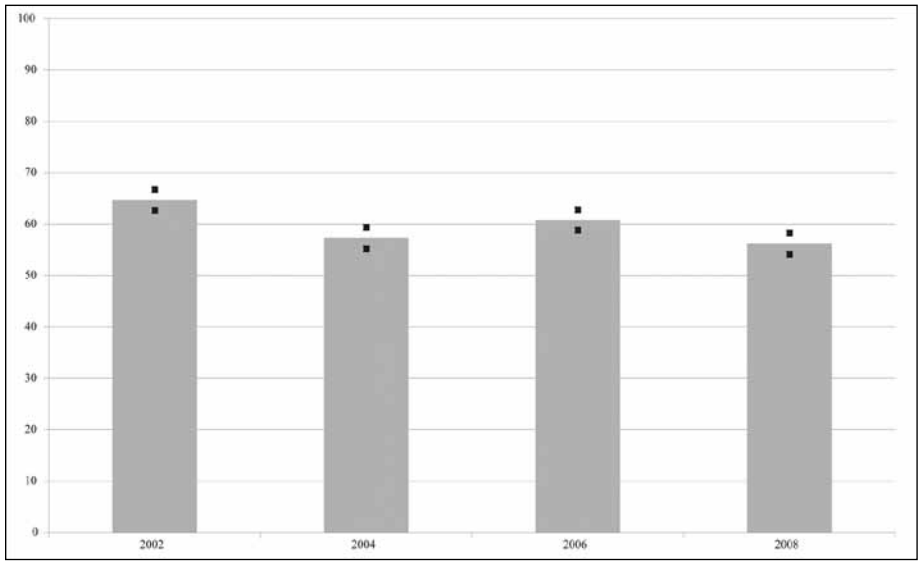
Grafik 1: **Veränderung der abhängigen Variable „Demokratiezufriedenheit" zwischen 2002 und 2008**
(Prozentanteil an Befragten, die eher oder sehr zufrieden sind)[8]



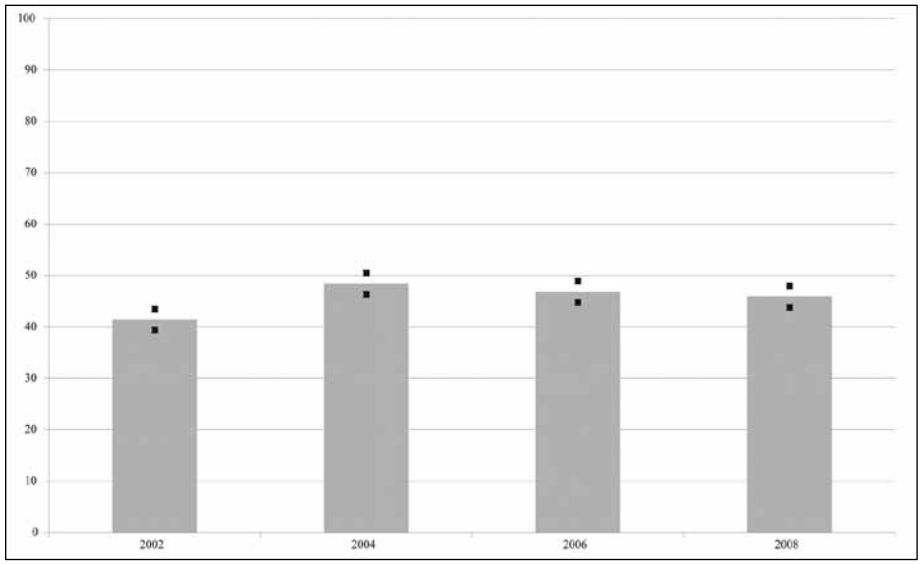
Quelle: 2002–2008 European Social Survey – Daten für Österreich. Eigene Berechnung. Die schwarzen Markierungen bezeichnen das untere und obere Ende des 95%-Konfidenzintervalls.

Grafik 2: **Veränderung der unabhängigen Variablen „Vertrauen in das nationale Parlament", „Zufriedenheit mit Regierung" und „Vertrauen in nationale Politiker" zwischen 2002 und 2008**
(Prozentanteil an Befragten, die eher oder sehr zufrieden sind/eher positiv oder sehr positiv bewerten)[9]

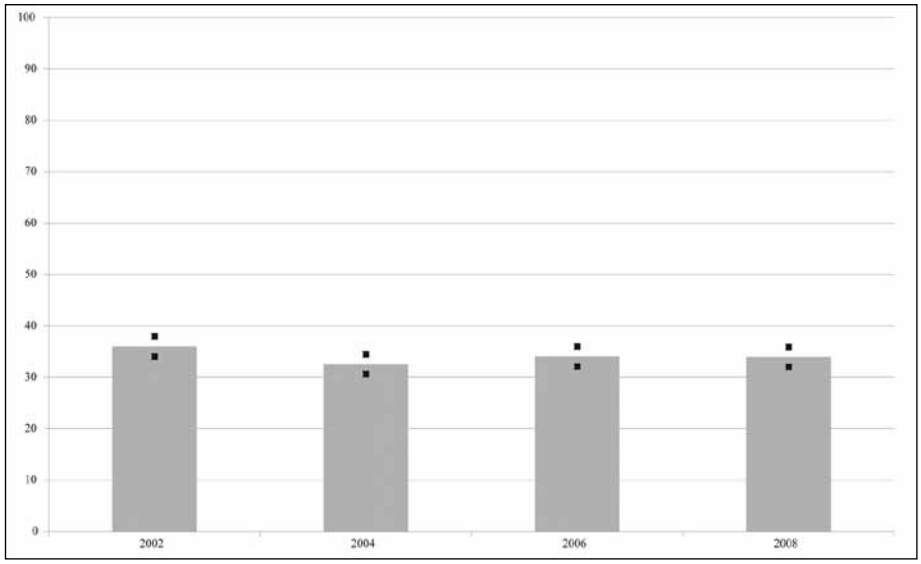
Grafik 2a: ***Vertrauen in das Parlament***



Grafik 2b: ***Zufriedenheit mit der nationalen Regierung***



Grafik 2c: ***Vertrauen in nationale PolitikerInnen***



Quelle: 2002–2008 European Social Survey – Daten für Österreich. Eigene Berechnung. Die schwarzen Markierungen bezeichnen das untere und obere Ende des 95%-Konfidenzintervalls.

mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% befinden. Zwar lässt sich in nahezu allen Fällen eine leichte Bewegung erkennen, berücksichtigt man jedoch die Weite der Konfidenzintervalle, so ist es theoretisch möglich, dass die Demokratiezufriedenheit wie auch das Vertrauen in das nationale Parlament in Österreich über alle Zeitpunkte hinweg bei ca. 75% (Demokratiezufriedenheit) bzw. 60% (Vertrauen in das nationale Parlament) annähernd konstant bleibt.

Wenn man tatsächlich die Veränderungen zwischen 2002 und 2008 interpretieren will, so lassen sich gleichzeitige Veränderungen der Demokratiezufriedenheit und der Regierungszufriedenheit auf der einen Seite sowie des Vertrauens in das Parlament und in die nationalen PolitikerInnen auf der anderen Seite beobachten. Grundlegend sei aber an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die Werte für die Demokratiezufriedenheit und das parlamentarische Vertrauen der österreichischen Befragten *über* dem Durchschnitt der im ESS erfassten Staaten sowie meistens auch *über* den Werten von Nachbarstaaten wie etwa Deutschland liegen.[10]

Die Resultate der ordinalen logistischen Regression (mit einer ordered-logit-Linkfunktion) sind gesondert für jeden Messzeitpunkt berechnet worden und finden sich in Tabelle 1. Die grundlegenden Ergebnisse lassen sich anhand der Signifikanz der Ergebnisse und der Richtung vorerst folgendermaßen zusammenfassen: Hinsichtlich der Hypothesen gilt, dass das Vertrauen der Befragten in die politischen AkteurInnen zu keinem Zeitpunkt einen signifikanten Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit hat. Hypothese 1a kann damit widerlegt werden. Das Gegenteil gilt für die Hypothesen 1b und 1c. Sowohl die Bewertung der nationalen Regierung als auch das Vertrauen in das nationale Parlament haben über alle Messzeitpunkte einen signifikanten und positiven Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit der Befragten. Über diese unabhängigen Variablen hinaus beeinflusst aber auch die Lebenszufriedenheit und die Zufriedenheit der Befragten mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes über alle Messzeitpunkte hinweg die

Tabelle 1: **Erklärung der Demokratiezufriedenheit in den Jahren 2002, 2004, 2006, 2009**

	ESS 2002 B (Robust St.E.)	ESS 2004 B (Robust St.E.)	ESS 2006 B (Robust St.E.)	ESS 2008 B (Robust St.E.)
Vertrauen in polit. AkteurInnen (H1a)	.00 (.03)	-.00 (.03)	-.05 (.03)	.01 (.03)
Zufriedenheit mit Regierung (H1b)	.30 (.03)***	.20 (.03)***	.28 (.03)***	.32 (.03)***
Vertrauen in nat. Parlament (H1c)	.17 (.03)***	.24 (.03)***	.16 (.03)***	.23 (.03)***
Zufriedenheit mit Leben	.09 (.03)***	.14 (.02)***	.12 (.03)***	.18 (.03)***
Zufriedenheit mit nat. Wirtschaft	.20 (.03)***	.19 (.03)***	.23 (.03)***	.26 (.03)***
Vertrauen in Europ. Parlament	.07 (.03)**	.03 (.03)	.11 (.03)***	.00 (.03)
Links-Rechts-Selbsteinstufung	.06 (.03)*	.06 (.03)*	.02 (.03)	.02 (.02)
Links-Rechts-Einstufung quadriert	-.00 (.01)	.01 (.01)	-.01 (.01)	.02 (.01)*
Geschlecht	-.01 (.09)	-.22 (.09)*	-.08 (.09)	-.06 (.09)
Alter	.00 (.00)	.00 (.00)	.01 (.00)**	-.00 (.00)
Bildung	-.02 (.04)	-.01 (.05)	-.02 (.05)	-.08 (.05)
N/Pseudo R^2	1698/11.2 %	1749/9.7%	1764/10.7 %	1807/16.2%
LL (null)/LL (model)/BIC	-3824.3/-3394.7 /6945.0	-3764.8/-3399.0 /6954.7	-3820.3/-3411.9 /6980.2	-4059.8/-3401.6 /6960.7

*Quelle: ESS 2002–2008. Eigene Berechnungen. *** p <= .001, ** p <=.01, * p <= .05. Ordinale logistische Regression mit robusten Standardfehlern*.

abhängige Variable in signifikantem Ausmaß. Unter den Kontrollvariablen scheint das Vertrauen in das Europäische Parlament noch eine wichtige Rolle einzunehmen (zumindest in den Jahren 2002 und 2006), während eine Signifikanz der Effekte der Links-Rechts-Einstufung, das Alter und das Geschlecht nur sporadisch vorhanden ist. Eine Spearman-Korrelation zwischen diesen Variablen erbrachte darüber hinaus das Ergebnis, dass Alter, Links-Rechts-Orientierung und Vertrauen in das Europäische Parlament miteinander korrelieren. Der Wechsel im Einfluss dieser Variablen auf die abhängige Variable über die Jahre hinweg könnte damit zusammenhängen.

Um diese Ergebnisse weiter zu untermauern, wurden alle Modelle nochmals mit binär logistischen Regressionen gerechnet, für welche die abhängige Variable in eine zweite, binär codierte Variable umgewandelt worden ist. Dieser Test führte zu substanziell übereinstimmenden Ergebnissen. Schließlich wurden die unterschiedlichen Einflüsse der verschiedenen Erklärungsvariablen anhand von vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten überprüft, die hier aufgrund der Vielzahl nicht dargestellt werden können. Diese Überprüfung ergab jedoch, dass die tatsächliche Stärke der Effekte die über die unterschiedlichen Signifikanz-Niveaus als Proxy interpretierte Stärke der Effekte widerspiegelt. Die vier als zentral herausgearbeiteten Einflüsse der Indikato-

ren der Zufriedenheit mit der Regierung, der Lebenssituation und der wirtschaftlichen Entwicklung sowie des Vertrauens in das nationale Parlament sind auch nach Überprüfung der Effekte etwa gleich stark.[11] Dies gilt auch über die verschiedenen Messzeitpunkte hinweg, wodurch die Hypothese 2, nach welcher ein Anstieg der Erklärungskraft der Indikatoren der drei Hypothesen 1a, b, c erwartet wurde, widerlegt werden kann.

3.4 Diskussion der empirischen Ergebnisse

Ähnlich wie in der thematisch verwandten Arbeit von Riederer/Teitzer (2012) lässt sich an dieser Stelle konstatieren, dass die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung und das Vertrauen der Bevölkerung in das Parlament einen zentralen Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit der Bevölkerung haben. Dieser Einfluss ist jedoch nicht monokausal.

Klar scheint, dass das Vertrauen in einzelne politische AkteurInnen – anders als von der interessierten Öffentlichkeit angenommen – keinen eigenständigen Einfluss auf die Demokratiezufriedenheit der Befragten hat. Wie gezeigt werden konnte, haben aber darüber hinaus einige Kontrollvariablen einen vergleichbaren Einfluss auf die abhängige Variable wie die beiden unabhängigen Variablen der Hypothesen 1b und 1c. Insbesondere die Lebenszufriedenheit der Befragten und ihre Einschätzung der Wirtschaftslage scheinen Faktoren zu sein, die entweder unabhängig von dem Verhalten und der Leistung der nationalen politischen AkteurInnen sind und damit eigenständig die Zufriedenheit der Befragten mit der Umsetzung der Demokratie beeinflussen können. Oder es sind – neben anderen Faktoren wie den sozioökonomischen Eigenschaften des Individuums (Riederer/Teitzer 2012) – Elemente, die ihrerseits bereits die Wahrnehmung von Faktoren wie der Regierungsleistung prägen. D.h., die in das Modell inkludierten Kontrollvariablen könnten ihrerseits die beiden zentralen Erklärungsvariablen der Regierungszufriedenheit und des Vertrauens in das Parlament beeinflussen. Tatsächlich ergeben bivariate Spearman-Korrelationen mit hoch bis höchst signifikanten Korrelationskoeffizienten von .2 bis .6 Hinweise darauf, dass die Regierungszufriedenheit mit der Zufriedenheit mit dem eigenen Leben und der Bewertung der Wirtschaftslage über alle Messzeitpunkte hinweg signifikant und in hohem Maße zusammenhängt. Dieses Muster würde – sofern es in weiteren Untersuchungen bestätigt werden kann – implizieren, dass die Demokratiezufriedenheit eines/r Befragten wesentlich von seiner/ihrer allgemeinen Zufriedenheit und weniger von (der Wahrnehmung von) politischen Kontexten geprägt ist.

4. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die vorliegende Untersuchung beschäftigte sich mit der Frage, welchen Einfluss die Bewertung von und das Vertrauen in die politischen AkteurInnen auf die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Umsetzung der Demokratie im nationalen politischen System hat. Eine empirische Analyse dieser Frage erbrachte die folgenden Ergebnisse: Zum einen bleibt die Zufriedenheit der österreichischen Bevölkerung mit der Umsetzung der Demokratie über die letzten zehn Jahre hinweg gleichbleibend stabil und liegt mit (deutlich über) 70% an zufriedenen BürgerInnen über dem Durchschnitt der am European Social Survey beteiligten Staaten und über den Werten von Nachbarstaaten wie Deutschland. Gleiches gilt für das diffuse Vertrauen in das nationale Parlament. Zum anderen hängt die Demokratiezufriedenheit tatsächlich wesentlich

mit der Bewertung der Regierung und mit dem Vertrauen in das nationale Parlament, nicht aber mit der Bewertung der politischen AkteurInnen in Österreich zusammen. Gezeigt werden konnte darüber hinaus aber, dass zusätzliche Faktoren wie die individuelle Zufriedenheit mit dem eigenen Leben und mit der nationalen Wirtschaftslage die individuelle Zufriedenheit mit der Demokratie maßgeblich prägen. Diese zusätzlichen Faktoren, so habe ich weiter versucht zu argumentieren, sind kausal nicht von der Regierungsbewertung oder dem Vertrauen in das Parlament abhängig, sondern können sogar ihrerseits die individuellen Einstellungen zu nationalen AkteurInnen und Institutionen prägen.

Was bedeuten diese Ergebnisse nun für die zu Beginn des Aufsatzes angerissene Diskussion um die Reform des politischen Systems in Österreich? Zwei Implikationen scheinen aus den gefundenen Erkenntnissen für die Debatte ableitbar: Erstens scheint die kausale Annahme, dass eine negative Bewertung der politischen AkteurInnen direkt zur Unzufriedenheit mit der Demokratie führt, nur eingeschränkt haltbar. Andere, nicht durch die politischen AkteurInnen oder Institutionen beeinflussbare Faktoren spielen hier eine wesentliche Rolle. Dies hat zweitens Auswirkungen auf die Beurteilung der von den verschiedenen, in der Einleitung zitierten Initiativen vorgeschlagenen Demokratiereformen. Diese beinhalten teilweise massive Einschnitte in das politische System Österreichs, die vor allem über die durch Umfragen unter BürgerInnen und ExpertInnen nachgewiesene Unzufriedenheit mit der Demokratie und den politischen AkteurInnen legitimiert werden sollen.[12] Die vorliegende Studie hat gezeigt, dass zum einen die von den Initiativen aufgegriffene Wirkungskette empirisch nicht belegt werden kann, und dass zum anderen mit validen Daten eine überdurchschnittliche Demokratie- wie Institutionenzufriedenheit der österreichischen Bevölkerung nachgewiesen werden kann. Vor diesem empirischen Hintergrund, der die Legitimation der Reformüberlegungen grundlegend infrage stellt, scheint es umso problematischer zu sein, Reformvorschläge wie die Einführung eines neuen Wahlrechts oder die Einführung radikaler direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten als das Allheilmittel für komplexe Problemlagen wie die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den politischen AkteurInnen darzustellen. Dies gilt insbesondere dann, wenn man die nicht abzuschätzenden und definitiv nicht ausschließlich positiven Auswirkungen solcher Reformvorschläge auf die politischen Einstellungen und die daraus folgende Partizipation berücksichtigt (vgl. Merkel 2011).

ANMERKUNGEN

1 Dieser Aufsatz entstand als Vortrag im Rahmen eines Workshops der ÖFG-Arbeitsgruppe „Zukunft der Demokratie“. Mein Dank gilt insbesondere Reinhard Heinisch, Sylvia Kritzinger und Martin Dolezal sowie den beiden GutachterInnen der ÖZP für ihre wertvollen Anregungen und kritischen Kommentare.

2 Siehe dazu auch die Befunde der Initiative Mehrheitswahlrecht 2011 sowie die Positionen der JVP Steiermark 2012.

3 KritikerInnen haben mich anhand einer früheren Version des Aufsatzes darauf aufmerksam gemacht, dass die Messung der Demokratiezufriedenheit problematisch sei, weil der Begriff unterschiedliche Bedeutungen für unterschiedliche Individuen haben könnte. In diese methodologische Diskussion möchte ich gar nicht eingreifen (siehe dazu etwa Klingemann 1999 und besonders Canache et al. 2001), würde sie aber auch im Fall der Überprüfung dieses Indikators bezogen nur auf den Fall Österreichs (und nicht etwa im Rahmen einer länderübergreifenden Studie) als nicht besonders relevant erachten. Mir geht es im Aufsatz vor allem darum, die Annahme, welche in der Öffentlichkeit hinsichtlich des monokausalen Effektes von PolitikerInnenvertrauen auf die Demokratieunzufriedenheit dominiert, in der vorgegebenen Kürze theoretisch wie empirisch zu hinterfragen.

4 Dies wird auch von VertreterInnen der These von der Krise der österreichischen Demokratie so gesehen (siehe dazu eben auch die Erkenntnisse der Initiative Mehrheitswahlrecht (2011, 9).

5 WVS steht für World Values Study und kann insofern als äquivalent angeführt werden, als beide Datensätze einheitlichen Fragekatalogen folgen und die Daten der EVS im WVS für die europäischen Länder übernommen werden.

6 Dies ist auch das Ergebnis eines mündlichen Gesprächs des Autors mit Kenneth Newton sowie Sergiu Ghergina (Datenkoordinater am GESIS Köln) auf der ECPR Joint Session 2010.

7 Andere AutorInnen würden vielleicht argumentieren, dass das Vertrauen in das Europäische Parlament hier kein geeigneter Indikator ist und man diesen Punkt besser über das Vertrauen in die EU-Kommission oder in die europäischen Staats- und Regierungschefs messen sollte. Zwei Punkte sprechen aus meiner Sicht dagegen. Zum einen ist das Europäische Parlament im Gegensatz zur EU-Kommission oder dem Europäischen Gerichtshof der einzige direkt von der Bevölkerung gewählte Akteur innerhalb der EU. Die Messung des Vertrauens in die Staats- und Regierungschefs würde zudem wohl maßgeblich vom Vertrauen der AkteurIn in den nationalen Regierungschef beeinflusst werden. Dies sollte Endogenitätsprobleme mit dem Indikator der Regierungsbewertung hervorrufen. Zum anderen liegt im verwendeten ESS-Datensatz nur dieser Indikator zur Messung des Vertrauens über alle Wellen hinweg vor.

8 Die Prozentwerte der Befragten, welche die Umsetzung der Demokratie in Österreich als sehr gut oder gut empfinden, beinhalten dabei alle Befragten, welche einen Wert von 5–10 (auf der Skala von 0–10 der ESS-Daten) aufweisen.

9 Die Prozentwerte der Befragten, die mit der Regierungsleistung sehr zufrieden oder zufrieden sind bzw. den politischen Akteuren sehr vertrauen oder vertrauen, beinhalten dabei alle Befragten, welche einen Wert von 5–10 (auf der Skala von 0–10 der ESS-Daten) aufweisen.

10 Demokratiezufriedenheit in allen im ESS erfassten Staaten bzw. in Deutschland (in %): 2002: 69.0/60.5, 2004: 65.6/61.6, 2006: 65.0/85.0. Vertrauen in das Parlament in allen im ESS erfassten Staaten bzw. in Deutschland (in %): 2002: 61.7/50.3; 2004: 54.6/46.9; 2006: 54.6/75.1. Die Ausreißer-Werte für Deutschland im Jahr 2006 sind vermutlich der sehr geringen Fallzahl geschuldet.

11 Dies ist auch das Ergebnis einer zusätzlichen OLS-Regression, die jeweils für die Daten für alle vier Messzeitpunkte durchgeführt worden ist. Eine OLS-Regression ist eigentlich für ordinal skalierte Variablen nicht zulässig, ab einer Anzahl von Ausprägungen von fünf und mehr geht jedoch die Ansicht dahin, dass eine OLS-Regression zumindest grundlegende Erkenntnisse erlaubt. Die vier OLS-Regressionen mit unstandardisierten und standardisierten Koeffizienten ergaben ein vergleichbares Bild wie die Darstellung der vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten – zwar variieren die vier Hauptfaktoren in ihrem Einfluss leicht über die Zeitpunkte hinweg, ein Anstieg der Wirkungskraft über Zeit ist aber nicht erkennbar.

12 Siehe beispielhaft hierzu die Umfragen der Initiative Mehrheitswahlrecht (2011).

LITERATURVERZEICHNIS

Adam, Frane (2008). Mapping Social Capital across Europe: Findings, Trends and Methodological Shortcomings of Cross-National Surveys, in: Social Science Information, Vol. 47(2), 159–186.

Almond, Gabriel (1980). The Intellectual History of the Civic Culture Concept, in: Gabriel *Almond*/Sidney *Verba* (Hg.): The Civic Culture Revisited, Boston/Toronto, 1–36.

Almond, Gabriel/Sidney *Verba* (1965).The Civic Culture, Princeton.

Almond, Gabriel/G. Bingham *Powell*, Jr./Russel J. *Dalton*/Kaare *Strom* (2009). Comparative Politics Today, Harlow/Essex.

AUTNES (2012). The Demand Side – Wahlverhalten. Internet: http://www.autnes.at/?q=de/node/33 (Zugriff: 7.5. 2012)

Blais, Andre/Francois *Gelineau* (2007). Winning, Loosing, and Satisfaction with Democracy, in: Political Studies, Vol. 55(2), 425–441.

Braun, Daniela/Hermann *Schmitt* (2009). Politische Legitimität, in: Viktoria *Kaina*/Andrea *Römmele* (Hg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch, Wiesbaden, 53–81.

Canache, Damarys/Jeffery *Mondak*/Mitchell A. *Seligson* (2001). Meaning and Measurement in Cross-National Research on Satisfaction with Democracy, in: Public Opinion Quarterly, Vol. 65(4), 506–528.

Citrin, Jack (1974). Comment: the Political Relevance of Trust in Government, in: American Political Science Review, Vol. 68(3), 973–988.

Curini, Luigi/Willy *Jou*/Vincenzo *Memoli* (2012). Satisfaction with Democracy and the Winner/Loser Debate: The Role of Policy Preferences and Past Experience, in: British Journal of Political Science, Vol. 42(2), 241–261.

Dalton, Russell (2002). Citizen Politics, New York/London.

DerStandard.at (2011). „82 Prozent haben kaum mehr Vertrauen in die Politik". Artikel vom 30.9. 2011. Internet: http://derstandard.at/1317018985804/Demokratiebefund-82-Prozent-haben-kaum-mehr-Vertrauen-in-Politiker (Zugriff: 7.5. 2012)

Die Presse (2011). „Dieses Karaoke der Verärgerten reicht nicht." Artikel vom 28.10. 2011. Internet: http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/704587/Dieses-Karaoke-der-Veraergerten-reicht-nicht?from=suche.intern.portal (Zugriff: 7.5. 2012)

Easton, David (1968). The Analysis of Political Systems, in: Roy C. *Macridis*/Bernard E. *Brown* (Hg.): Comparative Politics: Notes and Readings, Homewood, 86–96.

Easton, David (1975). A Re-Assessment of the Concept of Political Support, in: British Journal of Political Science, Vol. 5(4), 435–457.

European Social Survey (ESS) (2012).The European Social Survey. Internet: http://www.europeansocialsurvey.org/ (Zugriff: 7.5. 2012)

Friesl, Christian/Thomas *Hofer*/Renate *Wieser* (2009). Die Österreicher/-innen und die Politik, in: Christian *Friesl*/ Regina *Polak*/Ursula *Hamachers-Zuba* (Hg.): Die Österreicher/-innen. Wertewandel 1990–2008, Wien, 207–293.

Friesl, Christian/Katharina *Renner*/Renate *Wieser* (2010). „Wir" und „die Anderen". Einstellungen zu „Fremden" und „Fremdenfeindlichkeit" in Österreich, in: SWS Rundschau, Vol. 50(1), 6–32.

Fuchs, Dieter (1999). The Democratic Culture of Unified Germany, in: Pippa *Norris* (Hg.): Critical Citizens: Global Support for Democratic Governance, Oxford, 123–145.

Fuchs, Dieter (2002). Das Konzept der politischen Kultur: Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht, in: Dieter *Fuchs*/Edeltraud *Roller*/Bernhard *Weßels* (Hg.): Bürger und Demokratie in Ost und West: Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess, Wiesbaden, 27–49.

Fuchs, Dieter (2007). The Political Culture Paradigm, in: Russell J. *Dalton*/Hans-Dieter *Klingemann* (Hg.): The Oxford Handbook of Political Behaviour, Oxford, 161–184.

Fuchs, Dieter /Oscar W. *Gabriel*/Kerstin *Völkl* (2002).Vertrauen in politische Institutionen und politische Unterstützung, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Vol. 31(4), 427–450.

Heath, Anthony/Stephen *Fisher*/Shawna *Smith* (2005). The Globalization of Public Opinion Research, in: Annual Review of Political Science, Vol. 8, 297–333.

Herzog, Alexander/Joshua A. *Tucker* (2009). The Dynamics of Support: The Winners-Loosers Gap in Attitudes Toward EU Membership in Post-Communist Countries, in: European Political Science Review, Vol. 2(2), 235–267.

Hobolt, Sara Binzer (2012). Citizen Satisfaction with Democracy in the European Union, in: Journal of Common Market Studies, Vol. 50(S 1), 88–105.

Hurrelmann, Achim/Joan *Debaerdeleben* (2009). Democratic Dilemmas in EU Multilevel Governance: Untangling the Gordian Knot, in: European Political Science Review, Vol. 1(2), 229–247.

Inglehart, Ronald/Christian*Welzel* (2005). Modernization, Cultural Change, and Democracy, Cambridge.

Inglehart, Ronald/Christian *Welzel* (2010). Changing Mass Priorities: The Link between Modernization and Democracy, in: PS: Perspectives on Politics, Vol. 8(2), 551–567.

Initiative Mehrheitswahlrecht (2011). Demokratiebefund 2011. Internet: http://www.mehrheitswahl.at/news/110930-demokratiebefund.html (Zugriff: 7.5. 2012)

JVP Steiermark (2012). Demokratie Neu. Internet: http://tinyurl.com/burnq8t (Adresse aus Übersichtsgründen gekürzt, Zugriff: 7.5. 2012)

Klingemann, Hans-Dieter (1999). Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis, in: Pippa *Norris* (Hg.): Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance, Oxford, 31–56.

Kumlin, Staffan/Peter *Esaiasson* (2012). Scandal Fatigue? Scandal Elections and Satisfaction with Democracy in Western Europe, 1977–2007, in: British Journal of Political Science, Vol. 42(2), 263–282.

Market Institut (2012). Profile von FPÖ, BZÖ und Grüne. Internet: http://www.market.at/de/market-aktuell/informationen-suchen/entity.detail/action.view/key.685.html (Zugriff: 7.5. 2012)

Merkel, Wolfgang (2011). Volksabstimmungen: Illusion und Realität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 44–45/2011, 47–55.

Mein Österreich (2012). Das Demokratiebegehren. Internet: http://meinoe.at/index.php?option=com_content&view=category&id=11&Itemid=15 (Zugriff: 7.5. 2012).

Miller, Arthur (1974a). Political issues and trust in government, in: American Political Science Review, Vol. 68(3), 951–972.

Miller, Arthur (1974b). Rejoinder to „Comment" by Jack Citrin: Political Discontent or Ritualism? In: American Political Science Review, Vol. 68(3), 989–1001.

Moravcsik, Andrew (2004). Is There a Democratic Deficit in World Politics? A Framework for Analysis, in: Government and Opposition, Vol. 39(2), 336–363.

Newton, Kenneth (2006). Political Support: Social Capital, Civil Society and Political and Economic Performance, in: Political Studies, Vol. 54(4), 846–864.

Norris, Pippa (1999). Introduction: The Growth of Critical Citizens? In: Pippa *Norris* (Hg.). Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance, Oxford, 1–27.

Norris, Pippa (2008). Driving Democracy. Do Power-Sharing Institutions Work? Cambridge.

OGM (2011). Demokratiebefund 2011. Internet: http://www.ogm.at/Demokratiebefund2011.pdf (Zugriff: 7.5. 2012)

Pickel, Susanne/Gert *Pickel* (2006). Politische Kultur- und Demokratieforschung, Wiesbaden.

Plasser, Fritz/Peter *Ulram* (2010). Bürger und Politik in Österreich, in: Oscar W. *Gabriel*/Fritz *Plasser* (Hg.): Deutschland, Österreich und die Schweiz im neuen Europa, Baden-Baden, 147–216.

Riederer, Bernhard/Roland *Teitzer* (2012). Effekte der sozialen Position auf Vertrauen in Politik und Demokratie in Österreich, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Vol. 37(1), 5–22.

Rosenberger, Sieglinde/Gilg *Seeber* (2011). Kritische Einstellungen: BürgerInnen zu Demokratie, Politik, Migration, in: Regina Polak (Hg.): Zukunft. Werte, Europa. Die Europäische Wertestudie 1990–2010: Österreich im Vergleich, Wien, 165–189.

Schulz, Wolfang/Hilde *Weiss* (2005). Ausländerfeindlichkeit und Neoliberalismus als Elemente populistischer Politik? In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Vol. 34(4), 395–411.

Welzel, Christian/Ronald *Inglehart* (2009). Political Culture, Mass Beliefs, and Value Change, in: Christian *Haerpfer*/Patrick *Bernhagen*/Ronald *Inglehart*/Christian *Welzel* (Hg.): Democratization, Oxford, 126–144.

Westle, Bettina (2007). Political Beliefs and Attitudes: Legitimacy in Public Opinion Research, in: Achim *Hurrelmann*/Steffen *Schneider*/Jens *Steffek* (Hg.): Legitimacy in the Age of Global Politics, New York, 93–125.

Westle, Bettina (2009). Weiterentwicklungen des Konzepts der Politischen Kultur in der empirischen Sozialforschung, in: Bettina *Westle*/Oscar W. *Gabriel* (Hg.): Politische Kultur, Baden-Baden, 40–55.

Westle, Bettina/Oskar *Niedermayer* (2009). Orientierungen gegenüber der Demokratie, in: Steffen *Kühnel*/Oskar *Niedermayer*/Bettina *Westle* (Hg.): Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten, Wiesbaden, 11–29.

AUTOR

Bernd Schlipphak ist seit 2012 Akademischer Rat an der Universität Göttingen, nachdem er zuvor an den Universitäten Freiburg und Salzburg tätig gewesen ist. Während sich seine Dissertation mit der Wirkung politischer Kommunikation auf politische Einstellungen auseinandersetzte (Framing Ideology, Nomos 2011), forscht er derzeit zur Rolle öffentlicher Meinung in der internationalen Politik. Im Vordergrund seines Interesses stehen dabei die Auswirkungen der Finanzkrise auf internationale und nationale Einstellungen in der Bevölkerung, die Effekte gesellschaftlicher Präferenzen auf die Entwicklung regionaler Integration sowie die empirische Messung der Legitimität und Akzeptanz internationaler Organisationen.

Andreas Maurer

Parlamente in der EU

Reihe Europa Kompakt, Band 7

UTB/facultas.wuv 2012, 271 Seiten
ISBN 978-3-8252-3379-2
EUR [D] 18,99/EUR [A] 19,60

Dieser Band stellt die dem Europäischen Parlament und den Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten seit dem Maastrichter Vertrag verfügbaren Optionen zur Begleitung, Kontrolle und Mitgestaltung europäischer Politik dar. Der rote Faden durch die drei Hauptkapitel, die politikwissenschaftliches Grundlagenwissen über Funktion, Rollen- und Selbstverständnis der Parlamente in der EU bereitstellen, ist die Frage, ob dieser Mehrebenenparlamentarismus es vermag, dem Demokratiedefizit wirksam zu begegnen.

facultas.wuv.at

facultas.wuv